



mit aktuellen Terminen
des BUND und der BUNDjugend

Mitgliederversammlung 2014

Mitgliederversammlungen sind manchmal eine »trockene Angelegenheit«. Der BUND organisiert daher regelmäßig eine Exkursion vor der eigentlichen Versammlung. In diesem Jahr ging es an die Berner Au.



Paul Schmid

Die Gelegenheit war günstig. Da die Mitgliederversammlung des BUND Hamburg dieses Jahr in den Räumen des Berufsförderungswerkes in Farmsen stattfand, lag es nahe, einen Ausflug an die Berner Au zu machen, die schon seit Langem das besondere Interesse des BUND genießt.

Bereits vor über 20 Jahren unterbreitete der BUND dem damaligen Umweltsenator Fritz Vahrenholt einen Untersuchungsbericht mit Vorschlägen zur Verbesserung des Gewässers. Aktuell gehört der Bach zum Projekt »Lebendige Alster«, das sich zum Ziel gesetzt hat, nicht nur den Fluss selbst, sondern auch seine Nebengewässer ökologisch aufzuwerten.

Projektleiter Wolfram Hammer erklärte den Mitgliedern daher die Probleme der Hamburger Stadtbäche und welche Maßnahmen geeignet sind, um diese wieder zum Lebensraum typischer Pflanzen und Tiere der Fließgewässer zu machen.

Zur Mitgliederversammlung selbst stellte die Vorsitzende Dr. Barbara Dahlke die großen Ereignisse des Jahres 2013

vor und dankte insbesondere den ehrenamtlich Aktiven für deren unermüdete Arbeit. Veranstaltungen wie der Umweltkindertag im Haus der BUNDten Natur oder der BUND-Stand zum Kirchentag wären ohne das Engagement der Freiwilligen nicht möglich gewesen. Besonderes Interesse genossen die Vorträge der Vorstandsmitglieder Dr. Manfred Körner und Rüdiger Nebelsieck zum Volksentscheid zu den Energienetzen und zu den Erfolgen des BUND in verschiedenen Gerichtsverfahren (s. S. 6/7). Die Berichte der ehrenamtlichen Gruppen machten von der Kindergruppe bis zum hochpolitischen Thema Stadtnaturschutz das vielfältige Engagement der BUND-Gruppen deutlich.

Die Mitglieder zeigten sich sowohl mit den Aktivitäten des Landesverbands als auch mit der finanziellen Entwicklung zufrieden, sodass die Entlastung des Vorstands einstimmig erfolgte. Das gesamte Vorstandsteam wurde für eine weitere Periode von drei Jahren wiedergewählt.

ps

Leben im Stadtbach. Wolfram Hammer zeigt den Gästen Bachflohkrebse in der Berner Au.



Liebe BUND-Mitglieder, liebe Leserinnen und Leser,

Am 25. Mai finden in Hamburg die Wahlen zu den Bezirksversammlungen statt und manche fragen sich, welche Entscheidungen überhaupt auf Bezirksebene getroffen werden. Im Natur- und Umweltschutz sind es auf jeden Fall eine ganze Menge.

So genehmigen die sieben Bezirksämter in Hamburg jedes Jahr die Fällung zigtausender Bäume, sie verwalten die Mehrzahl der 32 Naturschutzgebiete und bei jeder Baumaßnahme setzen die Planer der Bezirke den naturschutz-

fachlichen Ausgleich und die für die Bevölkerung erforderliche Freiraumversorgung fest.

Es gibt also gute Gründe, als Naturschützer die Bezirkswahlen mit großer Aufmerksamkeit zu verfolgen. Hamburg verändert sich derzeit rasant und der politisch forcierte Wohnungsbau fordert seinen Tribut. Dazu kommt, dass die Hansestadt abzüglich der Neupflanzungen jährlich mindestens 6.000 Bäume verliert und die öffentlichen Parkanlagen immer mehr »entgrünt« werden – insbesondere das Unterholz scheint die Parkverantwortlichen zu stören.

Die Ursachen für den Verlust von »StadtNatur« sind vielfältig, und wenn sich etwas ändern soll, brauchen wir eine Bezirkspolitik, die den Wert des städtischen Grüns wieder in den Fokus nimmt.

Leider hängen die Bezirke finanziell am Tropf der sogenannten Rahmenzuweisungen des Senats, und der Rechnungshof hat zu Recht mehrfach moniert, dass etwa die Pflege und die Entwicklung unserer Grünanlagen dramatisch unterfinanziert sind. Außerdem fehlt es an Personal, um beispielsweise ein systematisches Nachpflanzkonzept für Straßen- und Parkbäume in allen sieben Bezirken aufzulegen.

Die Stadt muss den Bezirken also mehr Geld für den Umwelt- und Naturschutz zur Verfügung stellen. Doch das Gegenteil ist der Fall. Während im Umweltschutz gekürzt wird, erhalten die Bezirke eine »Flächenprämie«, wenn sie genügend Bauland zur Verfügung stellen. Dabei werden in Hamburg pro Jahr bereits 200 Hektar für Wohnen, Gewerbe und Straßen zugebaut, das ist mehr als die Fläche der Außen- und der Binnentalster zusammen. Geht es so weiter, wird Hamburg seinen Ruf als grüne Stadt schon bald verlieren. Klar, auch der Wohnungsbau ist wichtig. Er darf aber nicht dazu führen, dass die Flächenversiegelung weiter in diesem Tempo voranschreitet und gleichzeitig die planerischen Vorgaben für die Freiraumversorgung sträflich missachtet werden.

Hamburg muss wieder mehr Natur in der Stadt zulassen. Dies ist nicht nur für die Naherholung und den Artenschutz von Bedeutung, sondern auch angesichts des fortschreitenden Klimawandels. Erst vor Kurzem hat der Abschlussbericht des Hamburger Forschungsprojekts Klimzug-Nord verdeutlicht, wie elementar das städtische Grün in den nächsten Jahrzehnten für die Lebensqualität der Metropolen sein wird.

Den Bezirken kommt also bei der Gestaltung von Bebauungsplänen eine wichtige Rolle zu. Hier wird maßgeblich entschieden, wie unsere Stadt in den nächsten Jahrzehnten aussehen wird. Also nutzen Sie die Bezirkswahlen am 25. Mai 2014 – und setzen Sie ein Zeichen für mehr StadtNatur.

Ihre

Dr. Barbara Dahlke

Vorsitzende des BUND Hamburg

»Hauptverwaltung« des BUND Hamburg mit neuem Gesicht

Anfang April hat Susanne Lemmerz den Bereich Verwaltung und Finanzen des BUND Hamburg übernommen. Sie löst damit Jürgen Koll ab, der nach 28 Jahren beim BUND in den verdienten Ruhestand geht.

Erfahrungen im »Non-Profit-Bereich« hat Susanne Lemmerz im Rahmen einer ähnlichen Position beim Caritasverband im Schwarzwald gewonnen. Nach ihrem Umzug nach Hamburg folgten fünf Jahre Controlling bei Tchibo und drei Jahre beim Jahreszeiten Verlag. Für Fragen zu Mitgliedschaften oder Spenden ist Susanne Lemmerz von Montag bis Freitag von 9–16 Uhr erreichbar.

Bleibt ein: »Willkommen liebe Susanne, vielen Dank lieber Jürgen!« – und wie Letzterer zu sagen pflegte – »auch im Namen der Hauptverwaltung«.

ps



Im März und im Mai dieses Jahres waren bundesweit zigtausend Menschen auf der Straße und haben für die Energiewende demonstriert. Gerade hier im Norden geht es nicht nur um Klimaschutz, sondern auch um Arbeitsplätze.

Die großen Demonstrationen im März, die unter anderem in Kiel und Hannover stattfanden, waren nicht zuletzt als Signal an die Ministerpräsidenten gedacht. Denn die norddeutschen Bundesländer sind bei der Energiewende die Vorreiter. Allein in Schleswig-Holstein sind knapp 3.000 Windkraftanlagen in Betrieb und mit ihren Ausbauplänen bis zum Jahr 2020 werden die Küstenländer zum Stromexporteur.

Ob diese Ausbauziele allerdings umgesetzt werden können, ist fraglich, denn vieles deutet darauf hin, dass derzeit strategisch ein Generalangriff auf die Energiewende in Deutschland vorbereitet wird.

Die vom Kabinett Merkel/Gabriel beschlossene Änderung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes, kurz EEG, bremst vor allem die bisher stark vom Engagement der bundesdeutschen Bürgerinnen und Bürger getragene Energiewende aus. Zu über 50 Prozent haben diese den bisherigen Ausbau der Erneuerbaren »von unten« finanziert. Die großen Energieversorger mit ihren zentralen Geschäftsmodellen hatten auf diese Entwicklung keine Antwort: Nur sieben Prozent der Stromproduktion aus Erneuerbaren liegt in den Händen von RWE und Co. Mit den geplanten Regelungen soll es nun Bürgern und Bürgergenossenschaften deutlich erschwert werden, die hohen Anforderungen insbesondere in puncto Selbstvermarktung und Ausschreibungen zu erfüllen.

Das »Imperium« schlägt also zurück. Nur große, kapital-kraftige Unternehmen werden die Vorgaben des neuen EEG noch stemmen können. Ob sie es auch machen oder andere, eigene Interessen verfolgen, bleibt dahingestellt.



Es werden auch erste Stimmen laut, die den beschlossenen Atomausstieg infrage stellen und die fossilen Kraftwerke wieder hoffähig machen wollen. Allen voran der CDU-Mittelstands-Politiker Michael Fuchs, der mit Verweis auf den schleppenden Leitungsausbau bereits eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke fordert.

In dieselbe Richtung gehen die Pläne der Europäischen Union, die den Neubau von bis zu 63 neuen Atomkraftwerken fördern will, und die Tatsache, dass niemand ernsthaft versucht, dem als marktwirtschaftlichen Ausweg aus der fossilen Energieerzeugung gepriesenen Emissionshandel wieder auf die Beine zu helfen.

Ein Scheitern der Energiewende in Deutschland wäre ein fatales Signal. Genüsslich würden genau die Wirtschaftsunternehmen und -eliten, die mit Atom und Kohle bislang enorme Profite verbuchen konnten, eine solche Entwicklung für ihre Zwecke nutzen. Niemand sollte glauben, dass Unternehmen wie E.ON oder RWE, die wegen des erfolgreichen Ausbaus der Erneuerbaren erstmals nach 40 Jahren Verluste schreiben, keine Gegenstrategie aufbauen.

Alles nur Verschwörungstheorie? Es sei der Hinweis erlaubt, dass der bereits vor Fukushima als sicher geglaubte Atomausstieg schon einmal kassiert wurde. *mb*

Energiewende retten. Die Pläne der Bundesregierung spielen den großen Konzernen in die Hände.

TTIP – Europawahlen für den Umweltschutz nutzen

Das geplante transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) zwischen der Europäischen Union und den USA ist eine ernst zu nehmende Gefahr für den Umwelt- und Verbraucherschutz. Es geht um gentechnisch veränderte Lebensmittel, Fracking, laschere Grenzwerte für Chemikalien und vieles mehr. Das geheim verhandelte Abkommen könnte in der EU hart erkämpfte Umweltstandards der letzten Jahrzehnte nichtig machen. Das am 25. Mai neu zu wählende Europa-Parlament wird darüber abstimmen müssen.

Wer wissen möchte, wie unsere Kandidat/innen für das Europa-Parlament zu TTIP stehen, kann ihnen eine Nachricht schicken und sie auffordern, Stellung zu beziehen!

Der BUND hat im Internet die Möglichkeit geschaffen, alle Abgeordneten, auch die Hamburger, direkt anzusprechen. Gehen Sie auf die Seite »www.ttipcheck.eu« und teilen Sie ihnen mit, dass unsere Umwelt nicht verhandelbar ist!

Auf der Internetseite finden Sie auch zahlreiche weitere Hintergrundinformationen zu TTIP. *jm*

Hamburg und der Klimaschutz

Hamburgs Klimapolitik ist ein Scherbenhaufen. Bereits im vergangenen Sommer hatte sich die Behörde für Stadtentwicklung (BSU) von dem bis dahin genannten Ziel, bis 2020 vierzig Prozent CO₂ gegenüber dem Bezugsjahr 1990 einzusparen, aufgegeben. Nun wird bereits offen darüber gesprochen, dass der Klimaschutzetat der Behörde aufgrund der Schuldenbremse noch weiter gekürzt werden soll.

Der aktuelle Entwurf des Masterplans besteht aus einer Klimaschutzvision für das Jahr 2050 und einem Aktionsplan, wie mit kommunalen Maßnahmen und Förderprogrammen bis 2020 zwei Millionen Tonnen der jährlichen CO₂-Emissionen Hamburgs eingespart werden sollen. Für den Fall, dass der Plan aufgeht, landet Hamburg 2020 bei minus 30 Prozent CO₂-Ausstoß im Vergleich zu 1990. Doch die Potenziale der Hansestadt sind deutlich größer.

Auch sind die Prognosen mit einigen Unsicherheiten belastet. So wurde der Masterplan nach den Verträgen der Stadt mit dem Unternehmen Vattenfall zur Rücknahme des Stromnetzes und der Option auf die Wärmeversorgung nicht angepasst.

Das geplante Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk (GuD) in Wedel soll demnach immer noch mit 200.000 t zur CO₂-Reduktion beitragen. Vattenfall will sich jedoch erst Ende 2015 entscheiden, ob das GuD tatsächlich gebaut wird. Läuft das alte Kohlekraftwerk aber weiter, ist diese Einsparung hinfällig.

Auch der Ausbau der Windenergie, der mit 110.000 t CO₂ zu Buche schlagen soll, steht mit der geplanten Novelle des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) auf der Kippe.

Der Aktionsplan 2020 listet im Wesentlichen bereits laufende Maßnahmen auf, die »weitergeführt« werden sollen. Was fehlt, sind Zuständigkeiten, messbare Ziele sowie Kontroll- und Anpassungszyklen. Für die Zeit nach 2014 werden keine neu zu initiierten Maßnahmen benannt.

Politisch besonders brisant ist, dass für keine der Maßnahmen aufgeführt ist, wie hoch der Finanzbedarf von 2015 bis 2020 ist und woher das Geld kommen soll. In dieser Form bietet der Aktionsplan keine Handlungsgrundlage für die Stadt, und es ist auch nicht nachvollziehbar, ob und wie die CO₂-Reduktionsziele in diesem Zeitraum erreicht werden können.

Ein nicht kalkulierbares Risiko für die Klimaschutzziele ist auch, dass die Stadt sich bisher jeglicher Ordnungspolitik verweigert. Sie setzt stattdessen auf freiwillige Vereinbarungen mit der Wirtschaft in Kombination mit Förderprogrammen. Senat und Bürgerschaft sollten den Verzicht auf gesetzliche Vorgaben zur Effizienzsteigerung in Unternehmen oder zur Sanierungsrate für Gebäude aber zumindest vom Erfolg der freiwilligen Vereinbarungen abhängig machen.

Große Einsparpotenziale für CO₂ gibt es auch im Bereich des Straßenverkehrs. Doch hier fehlt dem Senat bisher jeglicher Gestaltungswille.

Hamburg kann mehr – das ist sicher. Im Juni dieses Jahres steht die Klimapolitik der Stadt deshalb im Mittelpunkt einer zweitägigen Fachveranstaltung des BUND Hamburg. Alle Interessierten sind herzlich eingeladen. wh

Der BUND lädt ein zur Fachtagung Klimaschutz in der Metropole – Hamburg kann mehr!

Donnerstag, 19. Juni 2014, 14–18 Uhr

Hochschule für angewandte Wissenschaften Hamburg
(HAW)

Alexanderstraße 1, 20099 Hamburg

Wo steht Hamburg?

Themen sind der Masterplan Klimaschutz, Investitionspläne der Hamburger Energieunternehmen sowie Erkenntnisse der Wissenschaft für die Hamburger Energiewende

Freitag, 20. Juni 2014, 9:30–17 Uhr

HAW, Hörsaal 1.17, Berliner Tor 5, 20099 Hamburg

Wo soll es hingehen?

- **Wärmewende:** Strategische Quartiersentwicklung und Entwicklungspotenziale der Fernwärme
- **Stromwende:** Stadt für Netzstabilität, Nachfragemanagement und Windstrom für Hamburg
- **Wärme und Strom koppeln**

Podiumsdiskussion:

40-%-Ziel in den Masterplan Klimaschutz

Referent/innen an beiden Tagen (u.a.):









Dr. Rolf Bosse, Mieterverein zu Hamburg; Matthias Boxberger, E.ON Hanse AG; Hans Eimannsberger, Investitionsbank Schleswig-Holstein; Stef le Fevre, Klimaschutzteam Amsterdam; Dr. Dietrich Graf, Stromnetz Hamburg GmbH; Dr. Fank May, Vattenfall Wärme Hamburg GmbH; Jan Rispens, Cluster Erneuerbare Energien; Dr. Matthias Sandrock, Hamburg Institut; Dr. Hans Schäfers, HAW; Dr. Birgit Schiffmann und Hans Gabányi, BSU

Anmeldung bis Mittwoch, 11. Juni 2014

unter bund.hamburg@bund.net oder (040) 600 387-0.
Kostenbeitrag: 15 € für beide Tage

Mordhorst liefert für Ihr Bauvorhaben!



-  Lehmbaumstoffe (CLAYTEC-Programm)
-  Naturfarben
-  Kalkputz (HAGA) / Kalkfarben / Kalkputze
-  Massivholzböden / Schloßdielen (extra breit)
-  Altdielen / Aufgearbeitete Altböden
-  Naturdämmstoffe + Innenwanddämmsysteme
-  Zellulosedämmung
-  Wandheizung
-  Historische Fenster (Denkmalfenster)
-  Fußbodenschleifmaschine im Verleih

LIGNUM

Wir bringen Natur ins Haus.



PAPENREYE 8 · 22453 HAMBURG
TEL. 040/5 70 07 06 · FAX 040/57 00 70-89
Mo - Fr 9.00 - 19.00 Uhr Sa 9.00 - 15.00 Uhr

www.mordhorst-hamburg.de

Bei der Hamburger BUNDjugend jagt zurzeit ein Projekt das nächste. Die Jugendlichen engagieren sich gegen Lebensmittelverschwendung, Umweltverschmutzung durch Großkonzerne und für die Energiewende.



Patrick Sun

Immer am Donnerstag um 20 Uhr gibt es Essen umsonst. Dann hilft die BUNDjugend bei einer öffentlichen Essenausgabe: Der Bio-Supermarkt Erdkorn am Marie-Jonas-Platz stellt jeden Abend aussortierte Lebensmittel ehrenamtlichen Helfer/innen zur Verfügung, die die noch genießbaren Waren an Anwohner und Passanten verteilen.

Wir finden die Aktion super. Damit setzen wir zusammen mit Erdkorn ein Zeichen gegen Lebensmittelverschwendung und kommen mit den verschiedensten Menschen ins Gespräch.

»Umwelt schützen – Shell stoppen!«

Gemeinsam mit BUNDjugendlichen aus Berlin und Bremen haben wir zusammen mit dem Filmemacher Jan Heilig einen Film zur Bewerbung der gleichnamigen Online-Petition unseres Bundesverbands gedreht.

Um auf die von Shell verursachten und noch immer andauernden Naturkatastrophen im Nigerdelta aufmerksam zu machen, haben wir dargestellt, wie Menschen in Europa es finden würden, wenn ein Ölmulti ihre heile Welt zerstört.

Bei der Petition kamen insgesamt über 40.000 Unterschriften zusammen. Unseren Film findet Ihr auf YouTube unter [»bundjugend shell«](#).

Coffee to go

Mit Unterstützung einiger FÖJler (Freiwilliges Ökologisches Jahr) aus anderen Organisationen haben wir getestet, ob wir Kaffee zum Mitnehmen auch im eigenen Thermobecher erhalten. Denn der »to-go«-Trend ist mittlerweile zu einem großen Problem für unsere Umwelt geworden. Dabei werden wertvolle Ressourcen verschwendet, weil die Einweg-Becher wegen der Plastikbeschichtung an der Innenseite nicht recycelt werden.

Wir haben uns gefreut, dass wir den Kaffee in den meisten Geschäften im eigenen Gefäß bekamen – bei Starbucks und

Worldcoffee gab es sogar Rabatt. Also denkt das nächste Mal an einen eigenen Becher. Das spart Geld und schont die Umwelt!

Coffee to go. Mit dem eigenen Becher kann man sogar Geld sparen.

Vollversammlung

Anfang April fand die diesjährige Vollversammlung der BUNDjugend statt. Herzlichen Glückwunsch an unseren frisch gebackenen Vorstand: Das sind Melissa Dietsch, Daria Seffer und Greta Panschar, Kassenwartin Maxi Funke und Kassenprüferin Sophie Lehmann.

Was planen wir noch?

Ein neues Experiment! Eine Woche ohne Geld. Vom 12.-19. Mai wollen wir eine Woche komplett ohne Geld leben. Macht Ihr mit?

Dazu laden wir im Vorfeld Pia und Tobi von *living utopia* ein, die selbst völlig ohne Geld leben und uns von ihren Erfahrungen berichten werden.

Mitmachen!

Also, wenn Ihr zwischen 15 und 27 Jahren alt seid und Lust habt, Euch uns anzuschließen, kommt vorbei! Wir treffen uns jeden Donnerstag um 18:15 Uhr im Haus der BUNDten Natur!



Alles Klagen?

Der BUND wird häufig als klagefreudiger Umweltverband wahrgenommen, und Vertreter aus Politik und Wirtschaft fordern in aller Regelmäßigkeit, das Verbandsklagerecht deutlich einzuschränken oder sogar abzuschaffen. Doch bereits der Begriff »Klage« ist irreführend. In Wirklichkeit geht es darum, Vorhaben, welche die Umwelt belasten, daraufhin überprüfen zu lassen, ob geltendes Recht eingehalten wird.

Gewässerschutz.
Der Hybridkühlturm
des Kohlekraftwerks
muss ganzjährig
betrieben werden.



Die Hauptfunktion des Klagerechts von Umweltverbänden liegt darin, dass die Gerichte bei Eingriffen in die Natur in der Regel erst gar nicht bemüht werden müssen. Das klingt paradox, doch die Erfahrung lehrt, dass die Genehmigungsbehörden das Umweltrecht gründlicher prüfen, wenn Umweltorganisationen wie der BUND sich intensiv beteiligen und die Möglichkeit der Klage haben.

Tatsächlich führt der BUND Hamburg daher nur wenige, aber in der Öffentlichkeit deutlich wahrnehmbare Verbandsklagen in Bereichen, in denen die Anwendung des Umweltrechts besonders im Argen liegt.

Kohlekraftwerk Moorburg

Im Bereich des Gewässerschutzes begann das Jahr 2013 mit einem »Paukenschlag«. Nach einer mehrjährigen Auseinandersetzung mit Tausenden Schriftsatzseiten sowie sechs Erörterungs- und Verhandlungstagen hat das Oberverwaltungsgericht (OVG) Hamburg im Januar 2013 die wasserrechtliche Erlaubnis für die »Durchlaufkühlung« des im Bau befindlichen Kohlekraftwerkes Moorburg aufgehoben.

Das Unternehmen Vattenfall wollte für diese Art der Kühlung 64 m³ Wasser pro Sekunde aus der Süderelbe entnehmen. Nun muss es den ohnehin fast fertiggestellten Hybridkühlturm mit seiner so genannten Kreislaufkühlung ganzjährig betreiben. Diese benötigt nur 1 m³ Elbwasser pro Sekunde und sollte nach den Plänen Vattenfalls und der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt (BSU) nur bei besonders kritischen Wasserverhältnissen eingesetzt werden.

Mit dem OVG-Urteil werden Kleinlebewesen und die Fischfauna nun deutlich weniger geschädigt, und die ohnehin problematischen Sauerstoffverhältnisse in der Elbe werden sich durch den Kraftwerksbetrieb kaum weiter verschlechtern.

Die Ausführungen des Gerichts waren spektakulär und fanden europaweite Beachtung. Sie bezogen sich im Wesentlichen auf die Europäische Wasserrahmenrichtlinie (WRRL), die ein »Verbot der weiteren Verschlechterung von Gewässern« enthält und gleichzeitig das Gebot, deren Qualität in den vorgegebenen Fristen wieder zu verbessern.

In Deutschland hat die WRRL ihre Ziele in der Praxis bislang weitgehend verfehlt, da die deutschen Wasserbehörden sie überwiegend nachteilig für den Gewässerschutz auslegten. So gab es zwar Pläne und Programme zur Verbesserung von Gewässern, das grundsätzliche Verschlechterungsverbot wurde in den Genehmigungsverfahren jedoch geflissentlich ignoriert – oder so ausgelegt, dass eine Beeinträchtigung erst als solche anerkannt wurde, wenn die Gewässerqualität um eine ganze Zustandsklasse absinken sollte. Das wiederum ist angesichts der groben Klasseneinteilung der Wasserrahmenrichtlinie eher selten der Fall und läuft spätestens dann ins Leere, wenn ein Gewässer bereits in der schlechtesten Zustandsklasse ist. In seinem Moorburg-Urteil hat das OVG Hamburg nun klargestellt, dass das Verbot auch dann zu berücksichtigen sei, wenn laut Gutachten eine Verschlechterung innerhalb einer Zustandsklasse erwartet wird.

Leider haben sowohl Vattenfall als auch die Stadt beim Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) Revision gegen das Urteil eingelegt, sodass dieses derzeit keine Wirkung entfaltet. Der BUND hat deshalb in Leipzig vor kurzem einen Eilantrag gestellt, um Vattenfall zu untersagen, im derzeitigen Probebetrieb bereits erhebliche Mengen Wasser zu entnehmen und damit die Entscheidung der Hamburger Richter zu umgehen.

Losgelöst vom Ausgang der Revision ist aber gewiss: Die Anstrengungen des BUND haben sich gelohnt. Das Urteil hat bereits jetzt dazu geführt, dass sich bundesweit zahlreiche Fachtagungen und Aufsätze damit beschäftigen und erste Änderungen in der Verwaltungspraxis erkennbar sind.

Auch das Verfahren des BUND-Bundesverbandes gegen die Weservertiefung ist davon betroffen. Hier hat das BVerwG die Fragen zur Auslegung der Wasserrahmenrichtlinie mit Verweis auf das Moorburg-Urteil direkt dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) zur Entscheidung vorgelegt. Dies hat sogar dazu geführt, dass die im Verfahren beteiligte EU-Kommission ihre bislang oft weniger gewässerfreundliche Linie aufgeben und einen »Schwenk« in Richtung Gewässerschutz vorgenommen hat. Das sind gute Aussichten für aktuell leider schlechte Qualitäten der Flüsse und Seen.

Elbvertiefung

Auch das beim BVerwG anhängige Klagverfahren gegen die geplante Elbvertiefung hat nach dem viel beachteten Baustopp im Oktober 2012 erhebliche Kapazitäten im BUND Hamburg gebunden. Hier haben sich der WWF Deutschland, sowie die Bundesverbände des NABU und des BUND mit den jeweils betroffenen Landesverbänden zusammengetan und das »Aktionsbündnis Lebendige Tideelbe« gegründet.

Nach dem Erfolg des BUND im ähnlich gelagerten Verfahren zur Weservertiefung hatte die Bundesrepublik Deutschland als zuständige Verfahrensgegnerin versucht, die vom höchsten deutschen Verwaltungsgericht gerügten Fehler im Elbvertiefungsverfahren noch zu »heilen«, um eine zeitaufwändige Vorlage beim EuGH zu verhindern.

Das Aktionsbündnis konnte jedoch plausibel darlegen, dass auch die nachgebesserten Unterlagen zahlreiche fachliche und rechtliche Fehler aufweisen. Das BVerwG beschloss in der Folge, über die Erforderlichkeit einer Vorlage an den EuGH erst nach der für Juli 2014 angesetzten mündlichen Verhandlung zu befinden. Mit einer voraussichtlichen Dauer von drei Wochen wird diese eine der bislang längsten und aufwändigsten Gerichtsverhandlungen in der Geschichte der Bundesrepublik werden.



Luftreinhaltung

In einem weiteren Verfahren hat der BUND Hamburg im Jahr 2013 Klage für einen besseren Luftreinhalteplan für die Hansestadt erhoben. Zwar gibt es viele deutsche Städte, die Probleme haben, die von der EU geforderten Grenzwerte für Stickstoffdioxid einzuhalten, doch die ehemalige Umwelthauptstadt Hamburg zeichnet sich durch eine wenig schmeichelhafte Besonderheit aus: Der nach dem Europarecht bei Grenzwertüberschreitungen vorgeschriebene Luftreinhalteplan wurde zwar fortgeschrieben, bleibt aber in seinen Maßnahmen weit hinter dem Gebotenen und Möglichen zurück.

Auch diese Klage, über die voraussichtlich zu Beginn der zweiten Jahreshälfte 2014 beim Verwaltungsgericht verhandelt wird, hat zwischenzeitlich Auftrieb erhalten. Im Rahmen eines vergleichbaren Falles hat das Bundesverwaltungsgericht im September 2013 die zuvor umstrittene Klagebefugnis von Umweltverbänden in dem vom BUND vertretenen Sinne geklärt. Zugleich hat das Gericht verschiedene Luftreinhaltemaßnahmen, die von Hamburg bisher als unverhältnismäßig abgelehnt wurden, als erforderlich eingestuft.

Vor diesem Hintergrund sieht der BUND der Gerichtsverhandlung zuversichtlich entgegen. *Rüdiger Nebelsieck*




Wir laden herzlich ein zum

Kinder-Umweltfest Eppendorf

Samstag, 5. Juli 2014, 15-18 Uhr
im **BUND-Kinder-Umwelthaus**

An vielen Mitmachstationen kannst Du die Tiere und Pflanzen deiner Umgebung kennen lernen. Du tauchst ein in die fremde Welt der Regenwürmer und Untergrundarbeiter, schnupperst durch die Kräuterspirale oder pflanzt dir ein Blümchen für zu Hause. Dazu gibt es Kuchen und Getränke.



Haus der BUNDten Natur
im Kellinghusenpark Eppendorf,
3 Gehminuten von der U-Bahn-
Haltestelle »Kellinghusenstraße«
www.bund-hamburg.de
Tel. (040) 460 34 32





Fahrrad center

HARBURG BUCHHOLZ

Großmoordamm 63-67 • 21079 Hamburg-Harburg • Tel: 040 / 32 31 00 1-0 • info@fahrradcenter.de
Innungsstraße 2 • 21244 Buchholz/Nordheide • Tel: 04181 / 3 60 60 • www.fahrradcenter.de

WWW.FAHRRADCENTER.DE

**Köstlich erfrischende
fruchtige Säfte und
Nektare für den
täglichen Durst**

**Direktverkauf
ab Kelterei**

Montag bis Freitag
10 - 12 & 13 - 16 Uhr
Mi. bis 18 Uhr
Sa. 10 - 13 Uhr

und Belieferung auf Anfrage

Dorfstraße 28 - 23863 Nienwohld - Tel. 04537 | 250
www.suessmost-schmidt.de



Süßmosterei
Paul Schmidt

**Fruchtig, so wie ich es gern
Vitaminetanken!**

Bitte fordern Sie unser umfangreiches Informationsmaterial an!

Ein Vorbild für uns alle



Es war 1978 als ich Hans Alberts kennen lernte. Einen wohlformulierenden, abwägenden Mann, der tagsüber beim Rechnungshof des Hamburger Senats seinen Dienst tat.

Mit Reinhart Günzel und Hans-Detlef Schulze bildeten wir einen Diskussionskreis, der sich mit der 1978 anstehenden Naturschutzgesetzgebung befasste.

Dies war die Geburtsstunde des BUND Hamburg. Es war Hans, der die Kontakte zur Bundesebene herstellte und unseren jungen Landesverband in den Bundesgremien vertrat. Er hatte Gewicht, sein Wort wurde gehört. Er blieb immer sachlich, zielgerichtet war sein Streben für Natur und Umwelt, verbindlich seine soziale Kompetenz innerhalb des BUND.

Nach Einrichtung der ersten Umweltbehörde lud er Umweltsenator Dr. W. Curilla zum Spaziergang in die Lüneburger Heide ein und stellte ihm seine Gedanken und sein Wissen zum Thema Natur- und Umweltschutz dar.

Hans war wesentlich daran beteiligt, die erste BUND-Geschäftsstelle in Ohlsdorf und die heutige im Zentrum Hamburgs einzurichten und mit einem hauptamtlichen Geschäftsführer auszustatten.

Mit seiner offenen und vermittelnden Art hat er sich sehr verdient darum gemacht, die basisdemokratische Struktur und Arbeitsweise des BUND zu fördern und zu erhalten. Für sein unermüdliches Engagement ernannte die Mitgliederversammlung ihn bei seinem Ausscheiden aus dem Vorstand im Jahr 1996 zum Ehrenmitglied des Hamburger Landesverbands.

Hans Alberts verstarb am 18. Februar 2014. Unsere Trauer gilt auch seiner Familie, die ihn immer unterstützt hat.

Schön, dass es Dich gab. Du warst ein Vorbild für uns alle. Danke Hans Alberts! *Wolf Pohl*

Terminkalender

»Mähen und Schärfen«

Grundlagen für den Umgang mit der Sense für eine erfolgreiche Handmäh.

Samstag, 24. Mai, 14–17 Uhr

Museumsdorf Volksdorf,

Im Alten Dorfe 46–48, 22359 Hamburg

► Kontakt: bund-wandsbek@bund.net

»Lebendige Stadtgewässer«

Fachtagung und Exkursion im Rahmen des Gemeinschaftsprojekts »Lebendige Alster« von BUND, NABU und dem Verein »Aktion Fischottererschutz«. Vorstellung von Gewässerentwicklungsprojekten aus anderen Städten.

Donnerstag u. Freitag, 12./13. Juni, ganztägig

Weitere Informationen unter

www.lebendigealster.de

► Kontakt BUND: wolfram.hammer@bund.net

Sensenkurs

Egbert Läufer vom Museumsdorf Volksdorf zeigt den praktischen Mäheinsatz mit der Sense in den Volksdorfer Teichwiesen.

Samstag, 14. Juni, 14 Uhr

► Kontakt und Anmeldung:

bund-wandsbek@bund.net

BUND; Egbert Läufer

Walderlebnistag

Das Bergedorfer Gehölz ist eine abwechslungsreiche Waldlandschaft, die zum ausgiebigen Entdecken einlädt. Wir werden klettern, forschen und spielerisch die Natur erkunden.

Donnerstag, 10. Juni, 14–19 Uhr

Treffpunkt: Haus der BUNDten Natur

für Kinder ab 8 Jahren

Gebühr: 10 € pro Kind, mit Ferienpass 9 €,

BUND-Mitglieder mit BUNDcard 8 €,

zzgl. Fahrgeld

BUNDjugend; Thomas Sandmann

Teichwiesentag

Ein »Tag der offenen Tür« im Naturschutzgebiet Volksdorfer Teichwiesen mit Informationen, Exkursionen und der Möglichkeit, bei einem Pflegeeinsatz mitzuhelfen.

Samstag, 28. Juni, ab 14 Uhr

► Kontakt: bund-wandsbek@bund.net

»Gelber Richard« ist Apfel des Jahres



Der BUND und die Veranstalter der Norddeutschen Apfeltage haben die Sorte »Gelber Richard« zum »Apfel des Jahres 2014« ausgerufen.

Der Apfel stammt aus Mecklenburg, wo er schon vor dem Jahr 1800 erwähnt, aber erst 1859 von dem Dresdener Geheimrat und Pomologen Gustav von Flotow beschrieben wurde.

Es handelt sich um einen süß-säuerlich schmeckenden Apfel mit ausgeprägtem Aroma, das ihn zu einer echten »Liebhabersorte« macht. Genussreif ist er von Ende September bis Ende November. Wer den Gelben Richard probieren möchte, muss sich daher bis zum Herbst gedulden: Bei den 14. Norddeutschen Apfeltagen in Ammersbek/Hoisbüttel vom 27. bis 28. September 2014 wird es dann Gelegenheit dazu geben.

► Weitere Infos unter: www.apfeltage.de

BUNDmagazin regional

Hamburg 2/2014
Herausgeber:
BUND Hamburg e.V.
Redaktion,
Satz und Layout:
Paul Schmid

BUND-Adressen

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland Landesverband Hamburg e.V.
Lange Reihe 29, 20099 Hamburg
► Tel. (040) 600 38 7 -0; Fax -20
► bund.hamburg@bund.net
► www.bund-hamburg.de

Bezirksgeschäftsstelle Wandsbek
c/o BFW Hamburg GmbH /
Haus T, 2. Stock
August-Krogmann-Straße 52,
22159 Hamburg
► Tel. (040) 645 81 12 11 (AB)
► bund-wandsbek@bund.net

Haus der BUNDten Natur und BUNDjugend
Loehrsweg 13, 20249 Hamburg
Öffnungszeiten und Telefonzeiten:
Montag bis Donnerstag, 10.30–16 Uhr,
► Tel./Fax (040) 460 34 32
► hamburg@bundjugend.de

Spendenkonto: Hamburger Sparkasse (BLZ 200 505 50) Konto 1230 122 226
IBAN: DE 2120 0505 5012 3012 2226 • BIC: HASPDEHHXXX